

Wirtschaftliche Kriegsmaßnahmen.

Der verstärkte Haushaltsausschuß des Reichstages setzte gestern nachmittag die Beratung über die Denkschrift, betreffend die wirtschaftlichen Maßnahmen fort. Man wies auf die Notwendigkeit einer Preisregulierung sofort nach der neuen Ernte hin, damit die Vorversorgung in der wünschenswerten Weise erfolgen könne, und zwar in erster Linie bei den Kartoffeln. Für das Einbringen der neuen Ernte müßten schon jetzt Arbeitskräfte besorgt werden. Balzarbeiter, Bauarbeiter und andere müßten der Erntearbeit zugeführt werden, dürften jedoch hierbei Lohneinbußen nicht erleiden. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter tadelte den Widerstand landwirtschaftlicher Kreise gegen die Borraterhebungen und gegen die Durchführung von Höchstpreisen. Die Kriegsgetreidegesellschaft habe sich noch und nach in ihre Aufgabe eingearbeitet, ihr Erfolg durch eine neue Organisation sei nicht wünschenswert. Notwendig erscheine es, Zusatzbrotmarken für die körperlich schwer arbeitenden Bevölkerungsschichten einzuführen; dazu könnten die Reservenvorräte herangezogen werden, die man nicht in das neue Erntejahr hinüberzunehmen brauche. Trotz der Möglichkeit, mehr Weizenmehl zu verwenden, dürfe das Nachtbadverbot nicht aufgehoben werden. Die Höchstpreise für Kartoffeln müßten herabgesetzt und in Zukunft die Verwendung von Kartoffeln zur Erzeugung von Spiritus eingeschränkt werden. Dieser Redner streifte auch die Wildschäden.

Der Staatssekretär des Innern stellte von neuem fest, daß heute mehr Kartoffeln auf den Markt kommen, als wir brauchen. Höchstpreise setzten eine Beschlagnahme voraus, die bei den Kartoffeln unmöglich sei. Der Versuch, durch Festsetzung höherer Preise die Versorgung zu vermindern, sei nicht wirkungslos geblieben. Die Reports für Kartoffeln seien vielleicht noch nicht hoch genug, um den Anreiz zu geben, daß die Kartoffeln von den Produzenten konserviert werden. Wenn die Lage auch besser sei, als man befürchtet habe, so sei doch Sparsamkeit nach wie vor geboten.

Ein konservativer Redner weist auf die Neigung der Landwirte hin, Kartoffeln in übergroßer Menge auf den Markt zu bringen und begründet dies mit dem Arbeitermangel, der eine genügende Pflege der Kartoffeln verhindere. — Ein Zentrumsabgeordneter äußert Bedenken dagegen, daß die Vorräte ausschließlich durch die Kommunalverbände verwaltet werden sollen. Es müsse für einen Austausch der einzelnen Getreidequalitäten gesorgt werden. Die bestehenden Organisationen litten vielleicht unter einem

Uebermaß an Sachverständigen.

In der Festsetzung der Höchstpreise müsse eine Mäßigung eintreten. — Ein nationalliberaler Redner betont die großen Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Bestellung. Gleichwohl sei durch geeignete Maßnahmen in Zukunft eine Verbilligung der Ernährung zu erreichen. Der Redner begründet die von seiner Partei eingebrachte Resolution, die ausreichende Kartoffelversorgung der weniger Bemittelten bezweckt, für den Fall einer Beschlagnahme der Ernteprodukte vorzugsweise die über 100 Hektar großen Betriebe heranziehen und das Höchstmaß der Enteignungspreise auf 150 pCt. des Durchschnitts aus dem letzten Friedensjahr festsitzen will. Weiter führt dieser Redner aus, daß in den Sachverständigenbeiräten die Landwirtschaft im allgemeinen ausreichend vertreten, der bäuerliche Besitz aber gegenüber dem Großgrundbesitz benachteiligt sei.

Der Staatssekretär des Innern verteidigt die Zusammenfassung des Beirats der Reichsstelle für Kartoffelversorgung; er verwahrt sich sehr entschieden dagegen, daß ihm etwa die Absicht einer

Vernachlässigung des Kleinen Besitzes

zugeschrieben werde. Ausführlich behandelt ein sozialdemokratischer Redner noch einmal die Frage der Höchstpreise, die von vornherein unrichtig angefaßt worden sei. Hohe Preise im Interesse der Landwirtschaft und billige Preise im Interesse der Verbraucher vertragen sich nicht miteinander. Das Ziel, die ärmere Bevölkerung wohlfeil zu versorgen, sei nicht erreicht worden. Wenn auch im Anfang Mißgriffe unvermeidlich waren, so müßten sie jetzt verschwinden. Die Beschaffung großer Vorräte zur jetzigen Zeit würde die augenblicklich hohen Preise auf lange Zeit hinaus aufrecht erhalten.

Darauf erklärte ein Regierungsvertreter u. a.: Bei der Dauerware, die bereits vor dem 1. Juni auf den Markt gebracht werden sollte, handele es sich nicht um Gefrierfleisch und

Konserven. Die hohen Schweinepreise erklärten sich aus der starken Nachfrage der Gemeinden. Alle Mittel gegen das Steigen der Schweinepreise versagten. Jetzt werde jedenfalls eine Erleichterung eintreten. Der Mißbrauch mit der Verwendung von Bezugscheinen ließe sich auf dem Wege des fortschrittlichen Antrags (Ermächtigung der Gemeinden zu strafrechtlich geschützten Anordnungen für die Lebensmittelversorgung) nicht beseitigen. Eine Bundesratsverordnung würde genügen, die einen derartigen Mißbrauch strafbar mache. Die Festsetzung der Höchstpreise für die Erzeugnisse müsse den Gemeinden bleiben und lasse sich nicht zentral regeln. Die weitere Beratung der Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen vertagte die Kommission auf Dienstag vormittag.